

Stand: 18.03.2026 19:52:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11100

"Bayerns landwirtschaftliche Betriebe in Krisen- und Katastrophenfällen stärken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11100 vom 18.03.2026



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Bayerns landwirtschaftliche Betriebe in Krisen- und Katastrophenfällen stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus zu berichten, wie gut landwirtschaftliche Betriebe in Bayern auf Krisen- und Katastrophensituationen vorbereitet sind und welche Maßnahmen zur Verbesserung der Resilienz der Landwirtschaft geplant sind. Dazu wird laut Medienberichten derzeit eine Umfrage bei den Betrieben durchgeführt.

Bei dem Bericht soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Welche Bedeutung hat die landwirtschaftliche Primärproduktion im Kontext der kritischen Infrastruktur und der Ernährungssicherheit in Krisen- und Katastrophenlagen?
- Wie ist die Zusammenarbeit von landwirtschaftlichen Betrieben mit Großabnehmern (Krankenhäuser, Pflegeheime, Schulen) sichergestellt?
- Welche Notfall- und Krisenpläne bestehen derzeit für landwirtschaftliche Betriebe in Bayern (z. B. bei Stromausfällen, Extremwetter, Tierseuchen, Cyberangriffen, militärischen Konflikten oder anderen Störungen der Versorgungssysteme)?
- In welchem Umfang sind landwirtschaftliche Betriebe in bestehende Katastrophenschutz- und Zivilschutzstrukturen eingebunden?
- Welche Formen der Zusammenarbeit existieren zwischen Landwirtschaft, Katastrophenschutz, Feuerwehr, THW und Bundeswehr im Krisenfall?
- Welche Übungen oder Schulungen zur Krisenvorsorge für landwirtschaftliche Betriebe finden derzeit statt bzw. sind geplant?
- Welche Risiken sieht die Staatsregierung für die landwirtschaftliche Produktion in Bayern im Falle längerfristiger Krisen (z. B. Energieausfälle, Ausfall von Futtermittelieferungen oder Wasserversorgung)?
- Welche Maßnahmen werden ergriffen, um Produktions- und Lieferketten im Krisenfall aufrechtzuerhalten?
- Welche Beratungs- oder Förderprogramme existieren, um landwirtschaftliche Betriebe bei der Vorsorge für Krisensituationen zu unterstützen?
- Welche weiteren Maßnahmen plant die Staatsregierung zur Stärkung der Krisenresilienz der Landwirtschaft?

Begründung:

Die Landwirtschaft spielt eine zentrale Rolle für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und damit für die gesellschaftliche Stabilität in Krisenzeiten. Entsprechend wird die Lebensmittelproduktion zunehmend als Teil der kritischen Infrastruktur betrachtet.

Vor dem Hintergrund zunehmender Risiken – etwa durch Extremwetter, Tierseuchen, Energiekrisen oder geopolitische Konflikte – gewinnt die Frage an Bedeutung, wie gut landwirtschaftliche Betriebe auf außergewöhnliche Lagen vorbereitet sind. Gleichzeitig zeigen aktuelle Diskussionen, dass Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion stärker in Katastrophenschutz- und Krisenübungen eingebunden werden sollen, da ein Ausfall der landwirtschaftlichen Produktion erhebliche Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit hätte.

In der öffentlichen Debatte wird zudem darauf hingewiesen, dass landwirtschaftliche Betriebe in vielen Bereichen stark von funktionierenden Infrastrukturen abhängig sind – etwa von Strom, Wasser, Futtermitteln, Transportlogistik oder digitalen Systemen. Störungen dieser Systeme können die Produktion innerhalb kurzer Zeit massiv beeinträchtigen.

Vor diesem Hintergrund besteht ein erhebliches öffentliches Interesse daran, zu klären, wie gut landwirtschaftliche Betriebe in Bayern auf solche Szenarien vorbereitet sind und welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreift, um die Krisenfestigkeit der Landwirtschaft zu stärken.

Der Bericht soll Transparenz über bestehende Vorsorgestrukturen schaffen und aufzeigen, welche politischen Schritte notwendig sind, um die Ernährungssicherheit auch in Krisensituationen zuverlässig zu gewährleisten.